

## **Protestantismus und Wirtschaft**

### **– über die Schwierigkeiten und Chancen des Protestantismus bei der Mitgestaltung einer Wettbewerbsökonomie –**

*Hermann Sautter, Göttingen*

Nach der Lektüre des "Gemeinsamen Wortes der Kirchen zur Wirtschaftlichen und Sozialen Lage in Deutschland" erklärte Renate Schmidt, Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ihren Wiedereintritt in die Evangelische Landeskirche Bayerns. Sie sagte dazu, dass sie diese Kirche in früheren Jahren als konservativ und unbeweglich wahrgenommen und sie deshalb verlassen habe. Das "Gemeinsamen Wort" habe sie eines anderen belehrt. Hier trete die Kirche als Anwalt der Schwachen auf. Ist das die gesellschaftliche Rolle einer protestantischen Kirche: Eintreten für "soziale Gerechtigkeit" und ist damit auch ihr Verhältnis zur Wirtschaft definiert?

Viele sehen das so, aber die tatsächlichen Beziehungen zwischen "Protestantismus" und "Wirtschaft" sind komplexer. Um sie darstellen zu können, ist zunächst eine Verständigung über die beiden zentralen Begriffe des Themas notwendig. Dies ist Gegenstand meines ersten Abschnitts. In einem zweiten Abschnitt soll die lange und immer noch wirksame Geschichte der Distanzierung des Protestantismus vom marktwirtschaftlichen Prinzip zur Sprache kommen, die ihn teilweise daran gehindert hat, sich konstruktiv an der Mitgestaltung einer Wettbewerbsökonomie zu beteiligen. In einem dritten Gedankengang soll dann diskutiert werden, wie der Protestantismus –ausgehend von einer grundsätzlichen Bejahung der marktwirtschaftlichen Idee– eine darauf aufbauende Wirtschaftsordnung mitgestalten kann. Dafür gibt es eine Reihe von Beispielen, auf die ich eingehen möchte. Der vierte Abschnitt fasst die wesentlichen Herausforderungen des Protestantismus durch die Wirtschaft zusammen.

#### **1. "Protestantismus" und "Wirtschaft": Zum Verständnis der Begriffe.**

Am Anfang des Protestantismus stand die Frage Luthers: "Wie bekomme ich einen gnädigen Gott?" Als der junge Mönch in seiner Klosterzelle davon umgetrieben wurde, suchte er das Heil seiner Seele. Es erscheint nicht überflüssig, daran zu erinnern, denn im Laufe der Geschichte wurden immer ausschließlicher die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Reformation wahrgenommen; ihre religiösen Wurzeln traten in den

Hintergrund. Ohne sie lassen sich aber die gesellschaftlichen Veränderungen, die der Protestantismus ausgelöst hat, nicht verstehen.

Luther fand die Antwort auf seine Frage in der Erkenntnis, dass es nicht auf die religiösen – und noch weniger auf die außerreligiösen – Aktivitäten des Menschen ankomme, sondern auf die Bereitschaft, die in Christus sichtbar gewordene Gnade Gottes in Anspruch zu nehmen. Nicht durch Werke wird der Mensch gerecht, sondern durch Gottes Gnade: das war die Schlüsselerkenntnis des Protestantismus, die unzähligen Menschen ein neues Selbstverständnis erschlossen hat und sie zu einem neuen "in der Welt Sein" motivierte.

Die Sprache der Religion ist nicht mehr die der Gegenwart, aber Luthers Frage hat nichts von ihrer Aktualität verloren. Worauf gründet sich meine Selbstachtung und meine Menschenwürde? Bin ich nur das, was ich leiste, oder ist mein Person-Sein in einem mir unverfügbaren Akt der Zuwendung begründet (wobei das Wort "Gott" für das schlechthin Unverfügbare steht)? Ich sehe den Kern des Protestantismus in der Leidenschaft, mit der diese stets zeitgemäße Frage so gestellt wird, dass eine Antwort jenseits aller Leistungsgerechtigkeiten möglich wird. Es kann gar nicht ausbleiben, dass diese Leidenschaftlichkeit sehr handfeste wirtschaftliche, soziale und politische Konsequenzen nach sich zieht, die aber gerade dann nicht eintreten, wenn man sich die Frage nach dem "gnädigen Gott" ersparen will. Auf diesen Gedankengang will ich am Schluss meiner Überlegung zurückkommen. Vorläufig mag dies zum Thema "Protestantismus" genügen.

Der andere zentrale Begriff, auf den sich meine Überlegungen beziehen, ist der der Wirtschaft. Sie sei hier als dasjenige Subsystem einer Gesellschaft verstanden, das Güter bereitstellt, die zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse geeignet sind. In der Wirtschaft werden unter Verwendung natürlicher Ressourcen und unter dem Einsatz menschlicher Arbeitskraft "Lebensmittel" im weitesten Sinne des Wortes hergestellt und dem Menschen zugänglich gemacht. Die *Produktion* von Gütern gehört dazu ebenso wie deren *Distribution*. Je arbeitsteiliger beide Prozesse ablaufen, um so notwendiger ist es, die Interaktion der Beteiligten durch bestimmte Institutionen zu ordnen. Anderenfalls ist der Vorteil der Arbeitsteilung bedroht; die Produktivität der eingesetzten Ressourcen und der menschlichen Arbeitskraft sinkt.

In einem langen geschichtlichen Prozess hat sich die Institution des Marktes am geeignetsten erwiesen, diesen Produktivitätsvorteil zu sichern, oder anders formuliert: einen möglichst sparsamen Einsatz knapper Produktionsmittel bei der Herstellung konsumfähiger Güter zu gewährleisten. Die Gütermärkte werden dabei in ihrer Funktionsfähigkeit wesentlich verbessert, wenn es eine entwickelte Geldwirtschaft mit rechtlich geordneten Kreditbe-

ziehungen gibt. Eine solche Geldwirtschaft erweitert auch die Möglichkeiten der Kapitalbildung, mit der die Produktivität der menschlichen Arbeitskraft erhöht werden kann. "Wirtschaft": das ist also das System der Güterproduktion und -distribution, das der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dient, wobei dieser Bedürfnisse natürlich keine von der Wirtschaft unbeeinflussbare Größe darstellen.

Zugleich ist die güterproduzierende, marktmäßig organisierte Wirtschaft ein Ort menschlicher Selbstentfaltung. Auch im Haushalt, bei der ehrenamtlichen Mitarbeit im Verein oder in einer Kirchengemeinde gibt es für den Einzelnen zahlreiche Möglichkeiten, schöpferisch tätig zu sein. Rein stundenmäßig gesehen sind diese Aktivitäten sogar umfangreicher als diejenigen in der marktwirtschaftlich organisierten Güterproduktion. In einer Gesellschaft, die es gewohnt ist, den Wert menschlicher Tätigkeiten in Geld zu messen, hat aber die Entfaltung schöpferischer Fähigkeiten in der Produktion für den Markt einen besonders hohen Stellenwert, und dies gilt unabhängig davon, dass auf diese Weise unmittelbare Anspruchsrechte auf Güter erworben werden können. Als "produktiv" gilt vor allem die Herstellung von Gütern, die auf Märkten gehandelt werden.

Diese Bemerkungen zum Verständnis von "Protestantismus" und "Wirtschaft" mögen vorläufig genügen. Seit Luther gibt es nun im Protestantismus eine lange Tradition der Kritik an der Wirtschaft, genauer: an einer wettbewerblich organisierten Ökonomie. Luther hat deren Grundidee vehement abgelehnt. Mit der Verwerfung dieser Idee verliert man aber die Fähigkeit, eine marktwirtschaftliche Ordnung konstruktiv mitzugestalten. Es kann nicht ausbleiben, dass dann die Eigendynamik wettbewerblicher Prozesse auch auf protestantische Kirchen zurückwirkt, und zwar möglicherweise um so stärker, je weniger sie diese Prozesse reflektiert und verantwortlich mitgestaltet hat. Diese Gedanken sollen im folgenden Abschnitt entfaltet werden.

## **2. Man kann nicht gestalten, was man verwirft: Zu den Schwierigkeiten des Protestantismus mit einem marktwirtschaftlichen System.**

### **2.1. Nächstenliebe statt Gewinnstreben: Das Erbe Luthers.**

In mehreren Schriften hat sich Martin Luther mit den ökonomischen Problemen seiner Zeit befasst. Alle diese Schriften tragen den Charakter von Ermahnungen: es ist der kleine und der große Sermon vom Wucher (1519, 1520) und die "Vermahnung" zum Thema "Kauffhandlung und Wucher" (1524). Die Adressaten dieser Schriften sind Menschen, die kaufen und verkaufen, Geld leihen und Geld borgen und als Träger eines öffentlichen Amtes Preise

zu kontrollieren haben. Luther redet ihnen ins Gewissen. Er fordert sie auf, auch bei ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten dem Gebot der Nächstenliebe zu folgen. Luther hatte dabei die überschaubaren Verhältnisse Wittenbergs und anderer Kleinstädte seiner Zeit vor Augen. Marktbeziehungen waren hier immer auch in einer unmittelbaren Weise persönliche Beziehungen. Es war also durchaus naheliegend, den wirtschaftlichen Akteur auf seine persönliche Verantwortung für die Wirkung seines Handelns anzusprechen. Anonyme Marktbeziehungen, wie sie auch damals schon in süddeutschen Reichsstädten oder in den norddeutschen Hansestädten gepflegt wurden, hat Luther emphatisch abgelehnt. Er sah darin eine geradezu teuflische Macht, die den Einzelnen dazu verführt, seine persönliche Verantwortung für die Wirkung wirtschaftlichen Handelns zu verleugnen.

Wie soll nun der Einzelne Handel treiben? "Es sollt nicht so heißen: Ich mag meine War so teuer geben als ich kann oder will. Sondern also: Ich mag meine War so teuer geben als ich soll oder als recht und billig ist ... Weil dein Verkaufen ein Werk ist, das du gegen deinen Nächsten übest, soll es mit solchem Gesetz und Gewissen verfasset sein, dass du es übest ohne Schaden und Nachteil deines Nächsten"<sup>1</sup>. Nur so ist im Verständnis Luthers ein Ergebnis möglich, das ein Christ verantworten kann. Etwas allgemeiner formuliert: über die ethische Qualität wirtschaftlicher Vorgänge entscheidet die Motivation der Akteure. Deshalb ist für Luther die Predigt der einzig angemessene Stil, um über wirtschaftliche Themen zu sprechen, denn die Predigt zielt auf die Motivation eines Menschen.

Bleibt man in diesem Argumentationsrahmen, dann ist eines offenkundig: Gewinnstreben kann niemals zu einem ethisch verantwortbaren Ergebnis führen. Ist das Handlungsmotiv sündhaft, dann muss es auch das Handlungsergebnis sein. Aus einer schlechten Wurzel wachsen keine guten Früchte. Die Grundidee einer Marktwirtschaft, die Adam Smith so schön formuliert hat, widerspricht dem Denken Luther diametral. Nach Adam Smith ist es gerade *nicht* die Nächstenliebe des Bäckers oder Metzgers, die uns mit den nötigen Lebensmitteln versorgt, sondern deren *Eigenliebe*. Der Bäcker oder Metzger will Gewinne machen, und das kann er auf wettbewerblich geregelten Märkten – und wohlgermerkt: nur hier –, wenn er uns möglichst gut bedient. Der Markt neutralisiert eigennützige Motive, ja noch mehr: er kanalisiert sie zu einer Triebkraft, die dem Gemeinwohl dient. Dies jedenfalls ist die Grundidee der Marktwirtschaft seit Adam Smith.

Für ein Verständnis von Wirtschaft, das sich an Luthers "Vermahnung" gegen "Kauffshandlung und Wucher" orientiert, ist dies ein unmöglicher Gedanke. Für nicht wenige Protestanten ist er es bis heute. Ich greife Walter Kreck heraus, der in seiner Kritik an der

---

<sup>1</sup> aus Luthers Schrift von "Kauffshandlung und Wucher", 1524, zitiert nach Hesse/Müller, 1987, S. 23

Wirtschaftsdenkschrift der EKD die für ihn rhetorische Frage stellt: "Ruft uns die hl. Schrift wirklich zu einem Kompromiss auf, bei dem gleichgewichtig zum Gewinnstreben zur Solidarität gemahnt wird?" Wer einen Ausgleich suche zwischen "Profitsucht und Nächstenliebe" stehe nicht mehr auf dem Boden des christlichen Glaubens. Bezeichnenderweise macht es für Kreck keinen Sinn, von einer "*Sozialen* Marktwirtschaft" zu sprechen. Diese Terminus verschleierte lediglich den "tatsächlich tendenziell bestehenden Klassenkampf."

Damit wird deutlich, dass die religiös motivierte Fundamentalkritik an der Marktwirtschaft keine Möglichkeit bietet, über eine Variation der in dieser Wirtschaft herrschenden Regeln unbefangen nachzudenken und diese Regeln mitzugestalten. Es ist sinnlos, die Verbesserung eines Systems zu versuchen, das als nicht verbesserungsfähig angesehen wird. Was vom Ansatz her als unmenschlich gilt, kann man nicht humanisieren, etwa durch Errichtung von Institutionen, die einen sozialen Ausgleich zum Ziel haben. Anders formuliert: was man verwirft, kann man nicht gestalten. Statt dessen sucht man eine Alternative zur Wettbewerbswirtschaft. Lange Zeit war dies der "Sozialismus". Ich komme darauf zurück.

Zuvor sei ein weiteres Beispiel für die im Protestantismus weit verbreitete Fundamentalkritik am System einer Wettbewerbsökonomie erwähnt. Helmut Barié hat als Direktor des Badischen Predigerseminars in Heidelberg 818 Predigten durchgesehen, die zwischen 1980 und 1987 von Lehrvikaren/innen der Badischen Landeskirche gehalten worden sind. Was er fand, sind "zum Teil abenteuerliche Vorstellungen, die der Predignachwuchs von wirtschaftlichen Vorgängen, Regeln und Gegebenheiten" besitzt. Dies zeige sich etwa daran, "dass 'Profit' nur als etwas Böses und 'Profitstreben' lediglich als eine Sünde gesehen wird" (Barié, 1987, S. 719). Noch ein letzter Hinweis: In einer Umfrage bei hundert evangelischen Pfarrern und Pfarrerinnen, Religionslehrern und Religionslehrerinnen in den 80er Jahren hat Gerhard Schmidtchen eine ausgeprägt kritische Haltung der Befragten zu wirtschaftlichen Themen festgestellt. Eine seiner Fragen war: "Finden Sie die Entwicklung bei uns aus christlicher Perspektive erfreulich, ... bedenklich oder neutral" im Blick auf "Leistungs- und Wettbewerbswirtschaft." Von den Befragten antworteten 65 Prozent, dass sie diese Entwicklung für bedenklich halten; bei den ebenfalls befragten katholischen Pfarrern und Religionslehrern waren es übrigens 45 Prozent (Schmidtchen, 1988, S. 16).

Man könnte diese Beispiele für eine religiös motivierte Kritik am marktwirtschaftlichen System beliebig fortsetzen. An einem differenzierten Urteil besteht oft wenig Interesse. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass in der Regel nicht von "Marktwirtschaft", sondern von "Kapitalismus" gesprochen wird. Die Verwendung dieses eindeutig negativ besetzten Begriffs scheint die Frage überflüssig zu machen, wie ethisch verantwortbare Institutionen zur

Regelung anonymer Marktbeziehungen aussehen können. Das Urteil steht bereits mit der Wahl des Begriffes fest. Der Gegenbegriff ist der des "Sozialismus", und mit ihm verbinden sich ebenso eindeutig positive Vorstellungen, wie das vom "Kapitalismus" gezeichnete Bild eindeutig negative Züge trägt.

## **2.2. Die Faszination der sozialistischen Idee**

Herausgefordert von der "sozialen Frage" der beginnenden Industrialisierung und fasziniert von der Idee einer solidarischen Gesellschaft, als deren Prototyp die christliche Urgemeinde gesehen wurde, öffneten sich nicht wenige einflussreiche Protestanten des 19. Jahrhunderts den zeitgenössischen Ideen des Sozialismus. Sie hatten dabei kaum Berührungängste mit dem sogenannten "wissenschaftlichen Sozialismus". Dessen Weltanschauung hinderte sie nicht an ihrer Sympathie für sein politisches Programm.

Ein herausragendes Beispiel für diese Verbindung von christlichem Glauben und sozialistischer Programmatik war Rudolf Todt. In seinem 1873 erschienenen Buch "Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft" sucht er eine Verbindung zwischen dem nationalökonomischen Wissen seiner Zeit, den Schriften des "wissenschaftlichen Sozialismus" und der christlichen Botschaft: "Wer die soziale Frage verstehen und zu ihrer Lösung beitragen will, muss in der Rechten die Nationalökonomie, in der Linken die wissenschaftliche Literatur der Sozialisten und vor sich aufgeschlagen das Neue Testament haben. Fehlt einer dieser drei Faktoren, so fällt die Lösung schief aus. Die drei gehören eng zusammen" (Todt, 1873, S. 1, zitiert nach Brakelmann, 1999, S. 7 und 16f.). In großer Unbefangenheit übernimmt Todt die Marxsche Theorie der Kapitalakkumulation, des Zusammenbruchs der Mittelschichten und der Zuspitzung der Klassegegensätze, er greift auf Lasalles "ehernes Lohngesetz" zurück, und er verbindet alle diese Elemente mit einem an der Bibel orientierten sozialen Engagement (Kouri, 1984, S. 88f.).

Obwohl Todt in seinen konkreten politischen Forderungen weit weniger revolutionär war als in seinen programmatischen Schriften (Kouri, 1984, S.89), begegnete ihm die Kirchenleitung mit Misstrauen. Sie sah den Bestand einer Volkskirche bedroht, für die die enge Verbindung von "Thron und Altar" ein konstitutives Element war. Dass eine solche Kirche durch ihre Sympathien für den Sozialismus gefährdet war, daran ließ die kaiserliche Warnung vor den "politischen Pastoren" keinen Zweifel. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs konnten sich sozialistische Ideen unter der Pfarrerschaft zunächst freier entfalten. Im Zuge der Rätebewegung der damaligen Zeit entstanden auch sogenannte "Volkskirchenräte", die sich

als Alternative zum obrigkeitsstaatlichen Landeskirchentum verstanden, und die nicht ohne Pathos den "reinen Jesussozialismus" errichten wollten (Kouri, 1984, S. 193).

Dieser Traditionsstrang des Protestantismus hat in Leonhard Ragaz, Karl Barth, Paul Tillich, Helmut Gollwitzer und vielen anderen wortgewandte Vertreter gefunden. Ohne Berührungsängste bringt beispielsweise Ragaz die Diagnose des kommunistischen Manifestes mit der Botschaft der Bibel in Verbindung. Die angeblich von Marx und Engels festgestellte "Grundtatsache", dass "die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften eine Geschichte von Klassenkämpfen" sei, habe das "Geschichtswunder" der ersten Christengemeinde mit ihrem reinen Kommunismus überwunden (Ragaz, 1944/1971, S. 26f.). Karl Barth plädiert für einen im Geist des Evangeliums erneuerten Sozialismus, und er sieht eine Verpflichtung der Christen darin, für dieses politische Programm zu kämpfen: "Ein wirklicher Christ muss Sozialist werden ... Ein wirklicher Sozialist muss Christ sein"<sup>1</sup>. Paul Tillich will die "befreiende Kraft" der sozialistischen Utopie geläutert wissen durch die christliche Eschatologie (Tillich, 1969) und Helmut Gollwitzer fordert leidenschaftlich: "Ein Christ und eine Christengemeinde müssen gegen die Klassengesellschaft ... stehen". Deshalb sei die sozialistische Bewegung der natürlicher Verbündete der Christengemeinde, wobei angesichts des Versagens realsozialistischer Regime "die Verantwortung für den Weg und das Schicksal der sozialistischen Bewegung ... auf niemand so sehr wie auf den Christen" ruhe (Gollwitzer, 1976, S. 172f.).

Die evangelischen Kirchen in der DDR hatten es nicht schwer, in Anknüpfung an diese Ideen ihr Konzept von der "Kirche im Sozialismus" zu entwerfen. Die grundsätzliche Bejahung der Idee einer klassenlosen Gesellschaft führte zum Engagement beim Aufbau des Sozialismus, und je schmerzhafter die dabei entstehenden Defizite empfunden wurden, umso trotziger wurde die Kritik am Kapitalismus.

Für Protestanten in westlichen Ländern hatte die Faszination der sozialistischen Idee eine gewisse Selbstlähmung bei der Mitgestaltung der jeweiligen Wirtschaftsordnungen zur Folge. Das Interesse galt mehr der Entwicklung eines *Gegenentwurfs* zum "Kapitalismus" als der *Reform* des "Kapitalismus". Die grundsätzliche Verwerfung der Marktidee und die Faszination der sozialistischen Alternative ließen wenig Neigung aufkommen, sich auf die Kleinarbeit bei der institutionellen Regelung einer Wettbewerbswirtschaft einzulassen. Die Diskrepanz zwischen der sozialistischen Idee und der Wirklichkeit des Sozialismus wurde durchaus wahrgenommen, doch auch die höchst unbefriedigende Verwirklichung der Idee hatte ihren Wert: sie galt als notwendige Herausforderung für den "Kapitalismus". Seitdem sie

---

<sup>1</sup> Dieser Satz aus dem Nachlass von Karl Barth wird zitiert bei Gollwitzer, 1976, S. 173.

weggefallen ist, droht der "Kapitalismus" für die Anhänger der sozialistischen Idee auch den letzten Rest an Menschlichkeit zu verlieren, denn an seine endogene Verbesserungsfähigkeit hatten sie ohnehin nie geglaubt.

### **2.3. Von der Ablehnung zur Anbiederung: droht die Ökonomisierung der Kirche?**

Hat man die Fundamentalkritik am "Kapitalismus" vor Augen, die im Protestantismus eine lange Tradition besitzt, dann wirkt die gegenwärtig zu beobachtende Offenheit vieler protestantischer Gemeinden und Kirchen für die ehemals so verhassten Methoden der Wettbewerbswirtschaft höchst erstaunlich. Das gilt aber nur auf den ersten Blick. Im Grunde ist es kaum überraschend, wenn eine diffuse Ablehnung, sofern es opportun erscheint, in eine ebenso diffuse Anbiederung umschlägt. Ohne Scheu werden inzwischen Unternehmensberater um Vorschläge zur Neuordnung kirchlicher Strukturen gebeten. Was sich in der Wirtschaft bewährt, wird auch der Kirche nützen – das scheint die neue Grundüberzeugung zu sein, die das Verhältnis des Protestantismus zur Wirtschaft bestimmt. Durch eine Fusion lassen sich Synergieeffekte nutzen; das macht uns die Wirtschaft täglich vor. Warum sollen dann nicht einzelne Funktionen der Gemeinden wenigstens teilweise in zentrale Einrichtungen auf Kirchenkreis- oder Propsteiebene verlagert werden? Ein Unternehmen kann einen größeren Kundenkreis ansprechen, wenn es seine Angebotspalette erweitert. Warum sollte das für eine Kirchengemeinde nicht ebenso gelten?

Ein Berliner Kirchenbezirk hat das sehr wörtlich genommen. Er präsentiert sich als modernes Dienstleistungsunternehmen. Unter anderem werden Gruppenreisen nach Schweden angeboten, und dabei ist kein Klischee von der Attraktivität nordischer Blondinen geschmacklos genug, um nicht in den Dienst der kirchlichen Werbekampagne gestellt zu werden. "Sie interessieren sich nicht für Gottesdienst?", lautet die suggestive Frage an das Publikum. "Macht nichts", geben die Gemeinden selbst zur Antwort, "wir haben auch dann etwas für Sie zu bieten." Oberflächlicher geht es kaum. Eine ernstzunehmende Marketing-Agentur hätte vermutlich gegen diese Art von Kundenfang einiges einzuwenden, und sie hätte wohl auch wenig Verständnis für die vielen Gags, mit denen Gemeinden heute auf sich aufmerksam machen wollen: Pastoren seilen sich vom Kirchturm ab, sie holen einen Kabarettisten auf die Kanzel und bieten den Gottesdienstraum für eine Techno-Party an. Ebenso undifferenziert, wie in früheren Jahren alles abgelehnt wurde, was mit der Wettbewerbswirtschaft zu tun hatte, will man jetzt ihre tatsächlichen oder vermeintlichen Erfolgsrezepte nachahmen.



Ich will hier nicht missverstanden werden. Kirchen können in der Tat vieles aus einer wettbewerblich organisierten Wirtschaft lernen: genau auf die Wünsche der "Kunden" achten, mit einer Vielzahl von "Angebotsformen" den differenzierten Bedürfnissen der Menschen Rechnung tragen, mit begrenzten Mitteln effizient wirtschaften usw. Doch das alles kann man lernen, ohne seine Identität aufzugeben. Dafür gibt es durchaus Beispiele. Die "Oase"-Gottesdienste, die an einigen Orten der Bundesrepublik abgehalten werden, wenden sich beispielsweise an Menschen, denen die kirchlichen Formen nichts bedeuten, und sie sind Bestandteil eines durchdachten Programms, das auch Seminare umfasst, deren Ziel die Hinführung zu einem persönlichen Glauben ist (Knoblauch, 1996). Ganz im Sinne der "Kundgebung" der EKD-Synode des Jahres 1999 geht es hier um "Evangelisation" in modernen Formen.

Kritikwürdig ist also nicht die Bereitschaft, von marktorientierten Unternehmen lernen zu wollen. Zur Kritik fordert vielmehr eine Anbietderung heraus, die spirituelle Leere und fehlende theologische Reflektion meint ersetzen zu können durch Popularitätseffekte. Doch wo der Protestantismus sein spirituell-theologisches Profil verliert, wird er als gesellschaftliche Kraft immer leichter ersetzbar sein und damit auch nicht mehr an der Gestaltung einer Wettbewerbsökonomie mitwirken können. Wo umgekehrt der Protestantismus seine Identität als Glaubensbewegung erkennen lässt und das Handeln von Menschen prägt, wird er die Rahmenbedingungen und den Stil des Wirtschaftens beeinflussen können. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele.

### **3. Bejahung der marktwirtschaftlichen Idee und Mitgestaltung einer Wettbewerbsökonomie: zu den Chancen des Protestantismus**

#### **3.1. Teilnahme am Wettbewerb und Engagement für eine liberale Wirtschaftsordnung**

Der Protestantismus kennt nicht nur eine religiös motivierte Kritik an der marktwirtschaftlichen Idee. Er hat – insbesondere in seiner calvinistischen Variante – auch zur Dynamik marktwirtschaftlicher Systeme beigetragen. Max Weber hat in seiner berühmten Kapitalismus-Studie darauf hingewiesen. Nach seiner Deutung motivierte die Frömmigkeit des Calvinismus zu einer rastlosen, disziplinierten Berufsarbeit und zu einer innerweltlichen Askese, die dem Prozess der Kapitalbildung einen gewaltigen Impuls gab. Beides zusammen habe die wirtschaftliche Entwicklung kapitalistisch organisierter Länder vorangetrieben (Weber, 1905/1969).

Auch wenn man den Thesen Max Webers skeptisch gegenübersteht, lässt sich nicht übersehen, dass auf dem Boden des Calvinismus und Protestantismus eine Lehre entstehen konnte, die dem marktwirtschaftlichen Erfolgsstreben sehr viel mehr Sympathie entgegenbrachte, als wir das von Luther kennen. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist Richard Baxter, ein englischer Prediger des 17. Jahrhunderts, dessen Erbauungsschriften auch in Deutschland verbreitet waren. Baxter forderte die Kaufleute ausdrücklich dazu auf, den größtmöglichen Gewinn zu machen, wenn ihnen dies möglich sei, *ohne* Schaden an ihrer Seele zu nehmen und *ohne* mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Wer einen Weg *ausschlägt*, der ihm den größten Gewinn bringe, *verweigere* eine Berufung Gottes und lasse die Pfunde, die ihm anvertraut seien, ungenutzt liegen. Für *Gott* dürfe man reich sein, *nicht* aber zur Befriedigung der eigenen Lüste.

Das ist ein völlig anderer Ton als bei Luther. Offenbar konnte sich dieser Prediger sehr gut vorstellen, dass einer seine Ware zum höchsten Preis verkauft, den der Markt bietet, ohne dabei schuldig zu werden an seinem Nächsten. Wer sich an diese Lehre hielt, brauchte keine religiösen Skrupel zu haben, wenn er im marktwirtschaftlichen Wettbewerb seinen Erfolg suchte. Wenn er dabei auch noch frei blieb von Geldgier, war dies keine schlechte Voraussetzung, um die dynamisierende Wirkung des Wettbewerbs anzuregen und ihm zugleich eine menschliche Note zu geben.

Dies war auch das Anliegen von protestantisch geprägten Politikern, die von der Überlegenheit der liberalen Idee überzeugt waren und sie deshalb auch im Bereich der Wirtschaft verwirklicht sehen wollten. In Deutschland hat es, verglichen mit Großbritannien, etwas länger gedauert, bis diese Idee politisch wirksam werden konnte. Erst im 19. Jahrhundert entstand eine Bewegung, die die Liberalisierung von Staat und Wirtschaft auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Der evangelische Pfarrer und spätere Politiker Friedrich Naumann spielte dabei eine führende Rolle, und deshalb lohnt es sich, auf ihn etwas näher einzugehen. Er bietet ein gutes Beispiel dafür, wie Protestanten auf der Grundlage einer ausdrücklichen Bejahung der marktwirtschaftlichen Idee die Chancen wahrgenommen haben, eine Wettbewerbswirtschaft mitzugestalten.

Für Naumann enthält der ökonomische Wettbewerb durchaus "gewisse sittlich-ideale Momente". Der Einzelne werde dadurch zur Selbstverantwortung aufgerufen, jedem werde vorgehalten: "Tue du, was du kannst! Du bist dein eigener Herr, du sollst deines eigenen Fleißes Früchte kosten." Der wirtschaftliche Wettbewerb habe zur Überwindung und Trägheit beigetragen und damit "dem ganzen Volke erst den Charakter der Betriebsamkeit verliehen, dessen es sich heute freut"<sup>3</sup>. Dies ist ein anderer Ton als in vielen lutherisch geprägten Schriften, in denen die Wettbewerbsökonomie grundsätzlich abgelehnt wird.

Naumann wäre aber nicht Theologe, wenn er nicht auch von der Degenerierung der Konkurrenzwissenschaft "durch die Macht der Sünde" sprechen würde. "Man rief neben den guten Geistern des Fleißes und der Selbstverantwortlichkeit zugleich die bösen Geister der Rücksichtslosigkeit und der Selbstsucht" (Naumann, 1891/1964, S.168). Das Hauptproblem sieht er darin, dass nicht alle Menschen gleich gewissenhaft, treu und ehrlich handeln. Die Skrupellosen setzten sich durch und zwängen beispielsweise auch die "menschenfreundlichen Fabrikherren" zu ausbeuterischen Methoden. Dem müsse ein Riegel vorgeschoben werden.

Der politisch Liberale in Naumann fordert nun als erstbeste Lösung, den Arbeitern das uneingeschränkte Koalitionsrecht zu geben. Die staatliche Sozialpolitik könne sich dann auf ein Minimum beschränken, z. B. auf die Festlegung einer Höchstzahl von täglichen Arbeitsstunden, auf den Schutz von Kindern und Frauen und die Anordnung einer Versicherungs-pflicht. Diese erstbeste, liberale Lösung habe die Reichsregierung verworfen und statt dessen ein umfangreiches sozialpolitisches Programm geschaffen. Dies werde als eine politische "Großtat" gewürdigt, aber -so Naumann- man könne diese Tat nicht rühmen, ohne zu ver-schweigen, dass sie nur deshalb nötig geworden sei, weil dieselbe Regierung "gigantische Irr-tümer" begangen habe. "Aller Arbeiterschutz für gelernte Arbeiter (ist) nur ein dürftiges Ersatzmittel der freien Bewegung der Berufsvereine der Arbeiter" (Naumann " 1906/1964, S.501). Die Sympathie Naumanns gilt also einer liberalen Politik, die sich auf das Subsidiaritätsprinzip gründet und die der kollektiven Selbsthilfe der Arbeiterschaft den Vorrang vor staatlicher Sozialpolitik zuweist. Darüber hinaus fordert Naumann eine "Demokratisierung" der Betriebe durch eine Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten (Naumann, 1906/1964, S.428). Nur die Weigerung der Regierung, eine liberale Lösung zu suchen, macht Naumann zum Befürworter der nach seiner Meinung viel zu bürokratischen Sozialpolitik des Wilhelminischen Reiches.

---

<sup>3</sup> **Naumann in seiner Schrift "Das soziale Programm der evangelischen Kirche (1899), 1964, S.168)**

Hier finden sich also Ansätze für eine bewusste Gestaltung der Institutionen einer liberalen Wirtschaft. Deren Dynamik soll zur Entfaltung kommen, zum Wohle aller. Dazu braucht man die Konkurrenz um die besten Leistungen, und diese werden ablesbar am marktwirtschaftlichen Erfolg. Das Erfolgsstreben auf dem Markt wird also nicht verworfen, aber es soll so geordnet werden, dass die Schwächeren nicht unterliegen und die Skrupellosesten sich nicht durchsetzen. Dies ist eine Aufgabe, die nie vollständig gelöst sein wird, sondern die immer wieder neue ordnungspolitische Schritte notwendig macht. Naumann hat das für seine Zeit in exemplarischer Weise erkannt.

Er hatte dabei, wenn es um den Schutz der sozial Schwachen ging., viele Bundesgenossen, auch wenn diese seine liberale Überzeugung nicht teilten. Erwähnt seien beispielsweise Adolf Stoecker, Adolf von Harnack, Ernst Troeltsch und Gottfried Traub. Als Theologen haben sie sich an der Diskussion zur wirtschafts- und sozialpolitischen Themen ihrer Zeit beteiligt und zusammen mit protestantisch geprägten Nationalökonomien, Politikern und Beamten einige Verbände ins Leben gerufen, die in der Unterstützung, aber auch in der kritischen Begleitung

der Sozialpolitik des Kaiserreiches eine wichtige Rolle spielten. In diesem Zusammenhang sind insbesondere der 1877 gegründete "Zentralverein für soziale Reformen" zu nennen, das evangelische Gegenstück zum akademisch geprägten "Verein für Socialpolitik", der 1890 entstandene "Evangelische Soziale Kongress" und die 1897 gegründete "Freie Kirchliche soziale Konferenz" (vgl. dazu Brakelmann, 1999, S. 714 ff.; Brakelmann / Jaehnichen, 1994; Kouri, 1984). Das wesentliche Ziel dieser Organisationen war es, einen "dritten Weg" zwischen dem "Kapitalismus" angelsächsischer Art und dem Sozialismus bzw. Kommunismus Marxscher Prägung zu finden. Die Wirtschaft sollte nicht einem völlig angeordneten Spiel der Kräfte überlassen bleiben. Eine maßvolle Regulierung durch den Staat sollte die vom Markt geschaffenen Ungleichheiten mildern und für gleiche Beteiligungschancen am Wettbewerb sorgen.

Insgesamt wird man sagen können, dass der reformerische Ansatz dieser Protestanten den "Kapitalismus" nicht ersetzen, sondern "zähmen" wollte. Dafür brauchte man einen starken, handlungsfähigen Staat, aber dessen Aufgaben sollten nicht soweit gehen, den wirtschaftlichen Wettbewerb zu unterbinden. Die rigorose Verurteilung des Marktprinzips, die im Protestantismus eine lange Tradition hat, auch wenn sie heute nicht mehr so lautstark vorgetragen wird, teilten diese Sozialreformer nicht. Ihre Gedanken haben Eingang gefunden in die deutsche Sozialgesetzgebung des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts.

In der Zwischenkriegszeit hatte der Protestantismus kein klares ordnungspolitisches Konzept, aber damit stand er ja keineswegs allein. Erst die Erfahrungen mit der Nazi-Diktatur brachten eine Klärung. Dafür steht vor allem die Denkschrift des Bonhoeffer-Kreises aus dem Jahre 1943.

### **3.2. Beiträge zur Konzipierung der Sozialen Marktwirtschaft**

Der Titel dieser Denkschrift lautet: "In der Stunde Null...ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit"(Bonhoeffer-Kreis, 1943 zitiert nach Brakelmann / Jaehnichen, 1994). Zum Kreis der Verfasser gehörten u.a. Mitglieder der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg (Franz Boehm, Constantin von Dietze, Walter Eucken, Adolf Lampe), einige Pfarrer, sowie als theologische Vertreter der bekennenden Kirche Otto Dibelius und Helmut Thielicke. Diese Gruppe wurde durch einen Hinweis von Dietrich Bonhoeffer dazu angeregt, eine Konzept für die politische und wirtschaftliche Neuordnung Deutschlands auf christlicher Grundlage auszuarbeiten (Jaehnichen, 1994, S. 310). In der Entwicklung des Ordnungsmodells einer "Sozialen Marktwirtschaft" hat diese Denkschrift eine wichtige Rolle gespielt.

Die Überlegungen des Bonhoeffer-Kreises waren geprägt von der Auseinandersetzung mit der totalitären Diktatur des Nationalsozialismus. Die neue Wirtschaftsverfassung konnte also nur im scharfen Kontrast zur alten stehen: gegen die Entmündigung des Einzelnen, der als "Soldat

in die Ernährungsschlacht" abkommandiert worden war, galt es, die Freiheitsrecht der Person zur Geltung zu bringen; gegen die Unterordnung individueller Wünsche unter das "Volkswohl" mußte die Legitimität persönlicher Eigeninteressen betont werden; in deutlicher Abgrenzung zu den Methoden einer Befehlswirtschaft waren Regeln für die freiwillige Kooperation privater Unternehmen zu entwerfen. Die Reaktion auf ein totalitäres Regime führte also zum Entwurf eines im Kern liberalen Ordnungsmodells. Diese Hervorhebung liberaler Elemente unterschied das Konzept von machen älteren protestantischen Entwürfen einer Wirtschaftsverfassung.

Die "Markt- und Preisfreiheit" sowie der auf Leistung hin orientierten Wettbewerb sind deshalb für den Bonhoeffer-Kreis die Grundpfeiler der neuen Ordnung (Bonhoeffer-Kreis, 1943, zitiert nach Brakelmann, Jaehnichen, 1994, S.353). Den Menschen dürfe nicht eine "allgemeine Selbstlosigkeit" zugemutet werden, heißt es. Vielmehr gelte: "Zur richtigen Bestimmung der Wirtschaftsordnung müssen die Menschen so genommen werden wie sie sind; die wirklich vorhandenen Kräfte müssen richtig eingesetzt und genutzt werden, so vor allem das Streben der Menschen, für sich selbst und für die Ihrigen das Leben möglichst gut zu gestalten. Darin liegt sowohl Eigennutz wie Opferbereitschaft...Sowohl der Eigennutz des Menschen wie seine Bereitschaft, zum Besten der eigenen Familie zu wirken, können durch einen geordneten Wettbewerb zur Förderung des Gemeinwohls nutzbar gemacht werden" (eben da S. 345). Das ist nichts anderes als die alte Idee einer Wettbewerbsordnung, wie sie schon Adams Smith formuliert hat. Es verwundert deshalb nicht, dass dieser Klassiker der Nationalökonomie in einem durchaus positiven Sinn erwähnt wird, wobei allerdings die Verfasser der Denkschrift sehr deutlich auf die sittlichen Werte hinweisen, die der schottische Moralphilosoph zur Grundlage seiner Markttheorie machen konnte (S. 343). Das marktwirtschaftliche System erfährt also in der Freiburger Denkschrift eine positive Würdigung. "Der Markt" wird in seiner institutionenethischen Bedeutung gesehen: Er kanalisiert das Eigeninteresse in einer Weise, dass es zum Gemeinwohl beitragen kann.

Ebenso deutlich, wie sie auf die sittlichen Grundlagen einer liberalen Ordnung hinweisen, betonen die Verfasser der Denkschrift auch die Verantwortung des Staates bei der Ordnung des Wettbewerbs. Das Zusammenspiel der Einzelwirtschaften solle nach Regeln verlaufen die der Staat "mit aller Genauigkeit erlassen und aller Strenge sichern" muss (S. 353). Das Votum für eine liberale Wirtschaft wird also deutlich abgegrenzt gegen einen Zustand des "laissez faire". Als eine wichtige Aufgabe des Staates wird es beispielsweise gesehen, die "Zusammenballung" wirtschaftlicher Macht zu verhindern, die den Wettbewerb ausschaltet. Die Verfasser scheinen dabei eher ein statisches als ein dynamisches Wettbewerbsideal vor Augen gehabt zu haben. Man wird ihnen dies nicht zum Vorwurf machen können. Aus der

deutschen Erfahrung der 40er Jahre heraus ist das Plädoyer für "kleine und mittelgroße Betriebe" durchaus verständlich.

Zu den weiteren Staatsaufgaben wird u.a. der Ausgleich von Konjunkturschwankungen gerechnet, die Regelung der innerbetrieblichen Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern und die Wiedezulassung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden als freien Vereinigungen, wobei als eine von mehreren Möglichkeiten auch ein Verbot von Streik und Aussperrung genannt wird, an deren Stelle die staatliche Überwachung der Lohnbildung treten soll (S.358). Die Verfasser wollen sich an diesem Punkt aber nicht festlegen. Welche Möglichkeit der Lohnbildung gewählt werde, müsse dem politischen Prozess überlassen bleiben. Man merkt es der Denkschrift an, dass sie in der Tat einen ordnungspolitischen "Versuch" darstellt, kein vollständiges und bis in die Einzelheiten ausgearbeitetes Programm.

Dies gilt auch im Blick auf einige Aussagen zur Sozialpolitik. Die Verfasser wollen und können keine Einzelheiten festlegen, aber sie lassen erkennen, dass es nach ihrer Meinung die Schwächen der überkommenden Sozialversicherungssysteme notwendig machen, ernsthaft die Frage zu prüfen, ob kollektive Sicherung durch "selbstverantwortliches Sparen" ersetzt werden soll (S.358).

Insgesamt wird man sagen können, dass der Protestantismus mit diesem Dokument die Chancen wahrgenommen hat, in einer Umbruchssituation die Grundlinien der deutschen Wirtschaftsordnung mitzugestalten. Er tat dies in bewusster Anerkennung der marktwirtschaftlichen Idee. Auch bei der Weiterentwicklung und bei der politischen Umsetzung des Ordnungsmodells einer "Sozialen Marktwirtschaft" haben Wissenschaftler und Politiker, die sich als evangelische Christen verstanden, an maßgeblicher Stelle mitgewirkt. Erwähnt sei hier Alfred Müller-Armack, auf den der Begriff "soziale Marktwirtschaft" zurückgeht und der in der "Re-Christianisierung unserer Kultur" die wichtigste kulturelle Voraussetzung dafür sah, dass die Wirtschaft dem Menschen dient und nicht zum Selbstzweck wird.

### **3.3. Gemeinwohl und Eigennutz : Die Wirtschaftsdenkschrift der EKD**

Wenn man die Beiträge des Protestantismus zur Ausgestaltung unserer Wirtschaftsordnung vor Augen hat, dann lässt sich die Wirtschaftsdenkschrift der EKD aus dem Jahre 1991 nicht übersehen. Im Unterschied zu vielen anderen Denkschriften, die die EKD herausgegeben hat, werden hier nicht wirtschafts- oder sozialpolitische Einzelfragen behandelt. Der Text ist vielmehr der Grundfrage einer "Sozialen Marktwirtschaft" gewidmet. Es geht insbesondere um eine protestantische Verhältnisbestimmung von "Gemeinwohl und Eigennutz."

In deutlicher Abgrenzung zu einer Fundamentalkritik am marktwirtschaftlichen System wird hier auch schon die *marktwirtschaftliche Komponente* unserer Wirtschaftsordnung positiv gewürdigt. Wer in einem rechtlich geordneten Wettbewerbssystem seinen eigenen Vorteil suche, trage auch zum Wohle anderer bei (EKD, 1991, Ziffer 20). Deshalb bedeute es eine Verkürzung des Denkens, wenn man "Nächstenliebe" und "Selbsterhaltung" in einem unversöhnlichen Gegensatz zueinander sehe. Worauf es ankomme, dass sei die Suche nach "intelligenten" Formen der Nächstenliebe, bei denen sich die Sorge für sich selbst mit der "Fürsorge für andere und der Rücksicht auf das gemeinsame Leben verbinden" (EKD, 1991, Ziffer 147).

Nach Überzeugung der Verfasser entspricht das marktwirtschaftliche System dieser Anforderung, und insofern könne es aus christlicher Sicht bejaht werden. Dieses Votum, das als "Entschuldigung" für eine traditionsreiche antikapitalistische Kritik kommentiert wurde (Frey, 1992,S.4), hat ( wie bereits erwähnt) bei seiner Veröffentlichung innerhalb der evangelischen Kirchen heftige Kritik hervorgerufen. Inzwischen sind die Wellen abgeebbt, aber man liegt wohl nicht falsch mit der Annahme, dass dieses Plädoyer für den Markt auch heute noch innerhalb des Protestantismus umstritten ist. Eine positive Würdigung erfahren natürlich erst recht diejenigen Institutionen einer "Sozialen Marktwirtschaft", die auf den sozialen Ausgleich und die umweltpolitische Nachhaltigkeit des Wirtschaftens hinzielen. Die Verfasser der Denkschrift sehen- ganz in Übereinstimmung mit dem Bonhoeffer - Kreis des Jahres 1943 diese Institutionen nicht als Anhängsel zum Regelsystem der Wirtschaft, sondern als integrierten Bestandteil einer Gesamtordnung (EKD, 1991, Ziffer 60). Verbunden mit der im Sozialisationsprozess erworbenen moralischen Selbstkontrolle sei deshalb der wirtschaftliche Konkurrenzkampf kein "sozialdarwinistischer Dschungel", in dem sich der Brutalste durchsetzt, sondern ein System von "Checks and Balances,..", in dem Konflikt und Kooperation, Selbsterhaltungstreben und Mitgefühl mit den Anderen, Rivalität und Sympathie vereinbar sind"(EKD ,1991, Ziffer 40).

Der Öffentlichkeit dürfte es angesichts zahlreicher Großfusionen von Unternehmen und der damit verbundenen "Freisetzung" qualifizierter Arbeitskräfte nicht gerade leicht fallen, der Wirksamkeit dieser "Checks and Balances" zu vertrauen. Die "Kammer für öffentliche Verantwortung", die die Denkschrift federführend ausgearbeitet hat, geht an mehreren Stellen auf ein derartiges Misstrauen ein, und sie entgegnet ihm mit einem ordnungspolitischen Optimismus: eine ethische verantwortbare Gestaltung der Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns sei auch im Zeitalter der Globalisierung möglich. Dazu sind freilich Menschen notwendig, die die Ökonomie nicht zur ihrer "Religion" machen (EKD, 1991, Ziffer 162), sondern sie mediatisieren, d.h. ihr die Funktion eines Mittels zu Erreichung

menschlicher Ziele zuweisen. Dies ist ein Grundthema protestantischer Stellungnahmen zum Thema "Wirtschaft" das nicht nur in der Wirtschaftsdenkschrift des Jahres 1991, sondern auch in vielen anderen Beiträgen entfaltet wird. In einem abschließenden Gedankengang will ich darauf eingehen.

#### **4. Mediatisierung und Gestaltung: Herausforderung des Protestantismus durch die Wirtschaft**

Zu Beginn war von Luther die Rede. Bei seinen leidenschaftlichen Ermahnungen an "Kaufherren" hatte er ein seelsorgerliches Ziel vor Augen: die Handeltreibenden sollten vor Habgier bewahrt werden. Luther sah die Gefahr, dass Menschen ihr "Herz" an das Geld verlieren und dass sie - weil zum "Gott" wird woran sie ihr Herz hängen- den ganzen Bereich des Handels und des Geldes zu ihrem Götzen machen. Wird die Wirtschaft erst einmal zum "Mammon", dann verliert der Mensch seine innere Freiheit. Er unterwirft sich einem System, von dem er die Befriedigung seiner Gier erwartet, und gibt ihm durch diese Unterwerfung Macht über sich selbst.

Dagegen richten sich die Ermahnungen Luthers, und in dem Ziel, die Wirtschaft zu mediatisieren, sie als Mittel zu sehen und nicht als Selbstzweck, sind die unterschiedlichsten protestantischen Autoren einig: Die christlich-liberalen um Friedrich Naumann hatten dieses Ziel vor Augen, die konservativen Lutheraner des Kaiserreichs, die Verfechter eines christlich geläuterten Sozialismus bis hin zu den theologischen Kritikern der Wirtschaftsdenkschrift der EKD. Bei allen Differenzen theologischer und politischer Art geht es ihnen um die Bewahrung des Menschlichen in der Wirtschaft, und dies ist gleichbedeutend mit deren Mediatisierung.

Sie wird möglich, wenn wir die Erkenntnis ernstnehmen, die am Anfang des Protestantismus stand: Ich bin nicht das, was ich leiste, was etwa der Markt anerkennt, indem er es honoriert; mein Person-Sein ist vielmehr in einer mir unverfügbaren Zuwendung Gottes begründet. Menschliche Konstrukte, und dazu gehört auch der Markt, entscheiden nicht über menschliche Würde. Sie sind vielmehr dafür da, eine ganz anders begründete Menschenwürde zur Entfaltung zu bringen. Dazu braucht man geeignete Institutionen. Ein protestantisch geprägtes Selbstverständnis ermöglicht also eine Mediatisierung der Wirtschaft, und dies ist eine wesentliche Voraussetzung für seine sachgemäße und zugleich "menschengerechte" Gestaltung ihrer Ordnung.

Dabei geht es nicht nur um formale Ordnungen. Gesetze und Rechtsvorschriften sind notwendig, aber sie dürfen nicht im systematischen Widerspruch stehen zu den Eigeninteressen der Menschen und ihren informellen Verhaltensregeln. Andernfalls werden solche Ordnungen unterlaufen. Wenn beispielsweise ein Verbot der



Sonntagsarbeit nicht im Einklang steht mit den Überzeugungen und Wünschen der Bevölkerungsmehrheit, wird es kaum durchsetzbar sein. Der Wirtschaft ihren Selbstzweck-Charakter zu nehmen und ihre Institutionen "menschengerecht" zu gestalten, wird also nur gelingen, wenn dies mit den Prioritäten der Menschen übereinstimmt, und wie ihre Prioritäten aussehen, hängt von ihrem Glauben ab. Deshalb ist Glaubensweckung, die ureigenste Herausforderung an eine christliche Kirche, mittelbar auch ein Beitrag zur Gestaltung einer menschengerechten Wirtschaft.

Eines ihrer Elemente muss die Ermöglichung individueller Entfaltungsfreiheit sein. An diesem Punkt haben die Anwälte der marktwirtschaftlichen Idee recht. Eine arbeitsteilige Gesellschaftsökonomie ist in ihrer Funktionsfähigkeit außerordentlich beschränkt, wenn das Eigeninteresse der daran Beteiligten systematisch unterdrückt wird, wenn sie also keinen Spielraum haben, um ihren Interessen gemäß zu handeln. Darüber hinaus entspricht ein ökonomisches System, das auf Selbstverantwortung und Eigeninitiative setzt, durchaus dem christlichen Menschenbild. Ohne prinzipielle Anerkennung des marktwirtschaftlichen Prinzips, das die Koordinierung selbständig handelnder Wirtschaftsteilnehmer ermöglicht, ist also weder eine sachgemäß noch eine "menschengerechte" Gestaltung ökonomischer Prozesse möglich. An diesem Punkt ist den Fundamental-Kritikern am System der Marktwirtschaft zu widersprechen.

Sie haben allerdings recht mit ihrem Hinweis, dass die Marktfreiheit missbraucht werden kann. Aber das spricht nicht gegen freie Märkte, sondern macht nur darauf aufmerksam, dass sie einer Ordnung bedürfen: Formale Ordnungselemente müssen dabei in Einklang stehen mit dem Rechtsverständnis und mit dem vorhergehenden Interessen. Der Inhalt dieser Interessen ist letztlich eine Frage des menschlichen Selbstverständnisses. Leiten Menschen ihre Würde aus der für sie unverfügbaren Zuwendung Gottes ab, dann werden sie der Gefahr einer Vergötzung der Wirtschaft entgehen und damit auch die nötige Distanz haben, um ökonomische Prozesse verantwortlich zu gestalten. Es ist die Chance des Protestantismus, Menschen dafür zu motivieren.